



Resolution der SP60+

verabschiedet von der Mitgliederkonferenz Mitgliederkonferenz vom 12. Juni 2021 in Bern

Die AHV-Renten müssen rauf!

Die im Parlament diskutierte Vorlage «AHV 21» befindet sich in einer Sackgasse. Die Ablehnung ist spätestens an der Urne vorprogrammiert. Die SP60+ fordert deshalb eine grundlegende Neugestaltung der Altersvorsorge: Es braucht endlich existenzsichernde AHV-Renten, wie es die Bundesverfassung vorschreibt. Eine Erhöhung des Rentenalters mit entsprechend sinkenden Renten auf dem Buckel der Frauen ist inakzeptabel und arbeitsmarktpolitisch unsinnig. Die SP60+ unterstützt die Initiative für eine 13. AHV-Rente als kleinen Schritt in die richtige Richtung. Weitere Leistungskürzungen bei der 2. Säule sind für die SP60+ inakzeptabel, zumal die Pensionskassenrenten sich seit über einem Jahrzehnt im Sinkflug befinden.

Leistungskürzungen in der Altersvorsorge führen in die Sackgasse. Die AHV braucht eine Zusatzfinanzierung und die Renten müssen rauf. Das Geschäft mit der 2. Säule gleicht einem Casino, der Börsen-Spielplatz funktioniert nicht und die Renten sind seit über zehn Jahren gesunken. Mit Blick auf die demographische Entwicklung wird Panik gesät. Die bisherigen Entscheide in Bundesbern zu «AHV 21» müssen unter dem Titel Sozialabbau verbucht werden. Es ist dringend an der Zeit, ein Vorsorgemodell zu verwirklichen, das eine Antwort auf die wirklichen Bedürfnisse und Probleme der heutigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner gibt.

Existenzsichernde Renten! Das Hauptproblem in der reichen Schweiz ist nicht die Finanzierung der Vorsorge, sondern die prekäre finanzielle Lage, in der sich eine grosse Zahl von Rentnerinnen und Rentnern befinden. Von der AHV-Rente allein kann niemand leben. Altersarmut in der Schweiz ist vielfach gelebte Realität. «Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken» schreibt die Bundesverfassung vor. Die SP 60+ fordert deshalb eine verfassungskonforme AHV-Rente für Alle in der Grössenordnung von mindestens 4'000 Franken im Monat.

Neue Finanzierungsmodelle! Bessere Renten sind nötig, aber nicht gratis. Die SP60+ fordert deshalb zwei grundlegende Neuerungen bei der Finanzierung. Erstens: Die AHV braucht mehr Lohnbeiträge. Die Umleitung von im bisherigen System für die 2. Säule geleisteten Lohnprozenten in die 1. Säule mit entsprechenden Abstrichen bei der Beruflichen Vorsorge ist kostenneutral. Die Gesamtbelastung der Löhne bleibt unverändert, aber die AHV-Einnahmen werden beträchtlich gesteigert und die Leistungen verbessert. Zweitens müssen die ausgeschütteten Unternehmensgewinne ebenfalls AHV-pflichtig werden. Es ist nicht einsichtig, warum nur

Lohneinkommen, nicht aber Kapitaleinkommen, an ein sozial ausgestaltetes Vorsorgesystem beitragen sollen.

Rentenalter senken statt erhöhen! Das faktische Rentenalter ist heute bereits tiefer als das gesetzliche. Wer sich früher aus dem Erwerbsleben zurückzieht, leistet oft wertvolle Gratisarbeit, beispielsweise in der Betreuung von Enkelkindern oder in der Pflege von Angehörigen. Rentenalter-Erhöhungen sind inakzeptabel und angesichts des angespannten Arbeitsmarkts unsinnig. Rund 600'000 Personen sind in der Schweiz als Erwerbslose oder Unterbeschäftigte auf Arbeitssuche. Die SP60+ fordert deshalb eine Senkung des Rentenalters um mindestens ein bis zwei Jahre.

Kein Sozialabbau bei der zweiten Säule! Die Vorlage des Bundesrates zur BVG-Reform enthält zwar für die Übergangsgeneration mit dem nach dem AHV-Umlageverfahren finanzierten Rentenzuschlag einen begrüßenswerten Schritt in die richtige Richtung. Gesamthaft bedeuten aber die Senkung des Umwandlungssatzes und die Erhöhung der Lohnabzüge zum Erhalt der Rentenhöhe Sozialabbau, der die aktuelle finanzielle Situation von Erwerbstätigen im Tieflohnssektor verschlimmert, ohne Aussicht auf eine wirkliche Verbesserung des Rentenniveaus. Für die SP60+ ein klares No-Go!